

**Autor:** Alisha Mendgen [https://rnd.de/autoren/alisha-mendgen]

**Visits (VPD):** 2,90 (in Mio.)<sup>1</sup>

**Mediengattung:** Online News

**Weblink:** https://www.rnd.de/politik/49-euro-ticket-finanzierung-bis-2025-gesichert-regierung-legt-gesetzentwurf-vor-2ZDLKJRBCFBJ5DGVFZ4HDTQ4.html

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 11-2022

# Busunternehmen warnen: „Einführung des 49-Euro-Tickets zum 1. Mai ist unrealistisch“

Berlin. Die Busunternehmen haben mit Blick auf das 49-Euro-Ticket scharfe Kritik geübt, weil der Bund nach einem aktuellen Gesetzentwurf nur eine Nachschusspflicht für das Jahr 2023 zusagt. „Wenn das Ticket auf Dauer angelegt sein soll, brauchen wir eine langfristige Finanzierungssicherheit und somit eine dauerhafte Nachschusspflicht von Bund und Ländern. Verkehre – also Buslinien – werden in Deutschland für acht bis zehn Jahre bestellt, nicht nur für wenige Jahre“, sagte Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer (BDO), dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Das muss sich auch in der Finanzierungssicherheit widerspiegeln.“ Zudem fehlt noch die Zustimmung der EU zu den Ticketplänen, die eine beihilferechtliche Prüfung vornehmen muss. „Bevor die EU im Rahmen der beihilferechtlichen Prüfung dem 49-Euro-Ticket zustimmt, können die Verkehrsunternehmen es auch nicht umsetzen“, warnte BDO-Chefin Leonard. „Wenn die EU ablehnt, sind die Unternehmen nämlich rückzahlungspflichtig. Im schlimmsten Fall müssen sie also 3 Milliarden Euro zurückzahlen.“

**„Der Bund hat eine Chance vertan.“**

Sie kritisierte weiter, dass der Bund den

Tarif – der eigentlich in den Kommunen geregelt wird – nun nicht vorgibt wie beim 9-Euro-Ticket. „Der Bund hat eine Chance vertan, indem er die Tarifvorgabe an die Länder abgewälzt hat“, sagte die Verbandsfunktionärin. Die Bundesregierung dürfe sich nicht aus der Verantwortung stellen, den Tarif auch vorzugeben, sonst werde das Ticket nicht funktionieren. Das hätte auch mit Blick auf das EU-Beihilferecht viel mehr Sicherheit gegeben. Leonard befürchtet einen „Flickenteppich“. Nun müsse jedes Land die Tarifvorgaben machen. „Eine Einführung des 49-Euro-Tickets zum 1. Mai ist damit unrealistisch“, sagte sie.

Die Bundesregierung will für das 49-Euro-Ticket von 2023 bis 2025 jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen und 2025 ein erneutes Gesetz zur Sicherung der Finanzierung auf den Weg bringen. Das geht aus einem Gesetzentwurf hervor, der dem RND vorliegt. Nach erfolgter Auswertung der verkehrlichen und finanziellen Auswirkungen des Deutschlandtickets 2024 sei im Jahr 2025 ein erneutes Gesetzgebungsverfahren erforderlich, heißt es darin. Auf der Grundlage solle die weitere Finanzierung des bundesweit gültigen Nahverkehrstickets dauerhaft gesichert werden, heißt es weiter. Die Bundesregierung stelle den Ländern für ein

bundesweit gültiges Nahverkehrsticket 1,5 Milliarden Euro jeweils für die Jahre 2023 bis 2025 zusätzlich zur Verfügung, so der Entwurf.

Auf Tiktok kursiert ein Video, das eine Frau und einen Mann in Hannover nach einem Großeinkauf zeigt. Aber statt in einen Lieferwagen laden sie die sperrigen Platten und Rollen in eine Stadtbahn. Der Clip amüsiert das Netz – jetzt reagiert auch das Verkehrsunternehmen und erklärt, ob das überhaupt erlaubt ist.

## 3 Milliarden von Bund und Ländern

Mit dem Deutschlandticket sollen Fahrgäste bundesweit den Regionalverkehr für 49 Euro im Monat nutzen können. Bund und Länder werden zusammen 3 Milliarden Euro für das Ticket zur Verfügung stellen. Im Gesetzentwurf ist als Startzeitpunkt der 1. Mai angedacht. „Eine Nachschusspflicht des Bundes besteht nur für das Jahr 2023“, unterstreicht die Bundesregierung im Entwurf weiter für den Fall, dass die 3 Milliarden nicht ausreichen werden.

Der Entwurf muss zunächst im Kabinett beschlossen werden und dann durch den Bundestag gehen. Ende März soll nach Plänen der Ampelregierung der Bundesrat den Entwurf behandeln.

**Wörter:**

489